

"Diese Begegnung ist ein Wagnis"

Autor(en): **Blum, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **67 (1988)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

haupt grundsätzlich bei Kommerzsendern denkbar? Was für ein Unternehmen würde da als Sponsor auftreten? Was für Be-

dingungen würden gestellt? – Darum bleibt das Lob mit dem Wunsch verbunden, dass die Voraussetzungen für engagier-

te Radioarbeit dieser Art noch lange bestehen.

Hans Steiger

«Diese Begegnung ist ein Wagnis»

Von Andreas Blum

Zunächst und vor allem: Ich heisse Sie herzlich willkommen. Ich freue mich, zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen, dass Sie – im Rahmen der Kampagne Nord/Süd des Europarates – für drei Wochen bei uns zu Gast sind. Ich danke an dieser Stelle allen, die ihren Beitrag geleistet haben, dass dieses Experiment – und das ist es! – zustande gekommen ist. Ich danke der Präsidentin der Kampagne, Gabrielle Nanchen, für ihr «feu sacré» und ihre tatkräftige Unterstützung unseres Radioprojekts. Ich danke der Redaktion «Südsicht», die mit ihrem Konzept «Blickwechsel» die Intention der Europarat-Kampagne sehr sensibel aufgenommen und umgesetzt hat. Ich danke schliesslich – hier im Hause und ausserhalb – allen, die in diesen drei Wochen für Sie, unsere Gäste, gleichzeitig Gastgeber, Freund und Gesprächspartner sind.

Ich habe gesagt: «Experiment.» Und tatsächlich, dieses Projekt, diese Begegnung ist ein Versuch, vielleicht sogar ein kleines Wagnis – und ich sage ausdrücklich: für beide Seiten.

Ich will versuchen zu sagen, was ich damit meine: Ich stelle mir vor, ich käme aus Los Baños auf den Philippinen, aus Santiago de Chile oder aus Ouagadougou. Und ich stelle mir vor, es wäre meine erste Begegnung mit der Schweiz. Wie würde ich das erleben?

Die Frage ist fiktiv, streift Irrationales, aber ich denke, soviel lässt sich sagen:

Die Begegnung mit der Schweiz würde mich einigermaßen schockieren. Dieses wilde, hektisch pulsierende Leben, diese nervöse Betriebsamkeit, dieser Kult der Äusserlichkeit – all die gehetzten, freudlosen Gesichter. Als Kulisse die monumentale Betonszenerie der Städte, die – immerhin – dann und wann den Blick frei gibt auf Reste unzerstörter Landschaft.

Ich könnte mir vorstellen, dass allein schon die äusserliche Wahrnehmung der Schweiz mich in hohem Masse irritierte. Die Schweiz, von aussen betrachtet und von innen, fasziniert und erschreckt gleichzeitig. Irgendwie scheint da einiges nicht zusammenzupassen; das Bild, das der Schweiz vorausgeht – konkret: das Klischee der reichen, sauber herausgeputzten Modelldemokratie –, und jene andere Schweiz, die Sie als Partner und Profiteur der Dritten Welt kennen, und wie Sie sie auch in diesen drei Wochen erleben werden: als Mikrokosmos, der sehr intensiv mit sich selbst beschäftigt ist.

Lassen Sie sich nicht bluffen von der Postkartenfassade, nehmen Sie nicht alles für bare Münze, was die glitzernde Oberfläche Ihnen gegenüber als Realität ausgibt. Lassen Sie sich – was schliesslich unsere journalistische Aufgabe ist –

auf das Abenteuer ein, Schein und Sein auseinanderzudividieren. Ich hoffe, Sie werden diesem Land Ihre kritische Sympathie dennoch nicht verweigern.

*Neutralität –
eine Ideologie des
Egoismus*

Sie sind Gast in einem Land, das sich schwertut, seine Rolle in dieser Zeit und in dieser Welt adäquat zu definieren.

Sie sind Gast in einem Land, das sich selbst – folgt man den offiziellen Verlautbarungen – als neutral, disponibel und universell in seinen Beziehungen versteht. Dabei «übersehen» wir grosszügig, dass diese Maximen uns in erster Linie dazu dienen, eine Politik des vornehm drapierten Egoismus zu betreiben.

«Neutralität» war – historisch betrachtet – für die Schweiz nie primär die völkerrechtliche Verpflichtung, sich aus bewaffneten Händeln herauszuhalten und gleichzeitig alles vorzukehren, um nicht in kriegerische Turbulenzen verwickelt zu werden – nein. «Neutralität» war immer schon die Legitimationsformel, eine Politik des Abseitsstehens zu rechtfertigen, wann immer Solidarität von uns gefordert wurde: Neutralität als Ideologie des eigenützigen Taktierens statt als Chance zur aktiven Mitarbeit im Rahmen der Völkergemeinschaft.

Die Schweiz ist ein reiches, privilegiertes Land. Wir sind stolz darauf, dankbar schon weniger. Dass wir vor gut hundert Jahren selber ein Entwicklungsland waren, haben wir mit Erfolg verdrängt.

Immerhin, da ist auch eine Spur von schlechtem Gewissen. Denn – und das wissen wir genau – unser Wohlstand ist nicht nur hart erarbeitet, dieser Wohlstand ist auch ein Wohlstand zu Lasten Dritter. Wir profitieren mehr, als dass wir geben. Was wir – zum Beispiel – im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit konstruktives tun, kommt zehnfach zurück in Form von Exportlösen und Schuldzinsen. Nein, die Balance stimmt nicht. Wir profitieren nicht nur von ungerechten «terms of trade» und neuen, subtilen Formen kolonialistischer Ausbeutung im Rahmen eines Weltwirtschaftssystems, das mit Partnerschaft wenig, mit rücksichtsloser Machtpolitik auf dem Buckel der Armen sehr viel zu tun hat – nein, wir tragen unseren Teil Verantwortung dafür, dass dieses System der Ungerechtigkeit so resistent zu sein scheint gegenüber der Herausforderung der Vernunft. Ersparen Sie mir einen Exkurs über die schweizerischen Banken, ich möchte friedlich bleiben. Vielleicht nur soviel:

Vor einigen Tagen wurde der Generaldirektor einer der grössten Schweizer Banken in einem Interview gefragt, was er vom Vorschlag einer Gruppe kritischer Aktionäre halte, in Zukunft einen kleinen Teil des Reingewinns für Entwicklungshilfe abzuzweigen. Seine Antwort: «Wir sind ein Unternehmen in einem kapitalistischen System. Wir können uns einfach nicht erlauben, Theorien nachzuleben, aufgrund derer wir soundsoviel Prozent des Gewinnes für Entwicklungshilfe abzugeben hätten... Das ist

einfach nicht realistisch und geht gegen das Prinzip unserer Geschäftstätigkeit. Zudem sind die Zeiten für die Banken gar nicht mehr so leicht...» («TA» vom 8.4.1988)

Soweit die Aussage des Generaldirektors des Schweizerischen Bankvereins. Beim letzten Satz – «Zudem sind die Zeiten für die Banken gar nicht mehr so leicht» – sind mir beinahe die Tränen gekommen, aber im Ernst: Dieses Zitat ist – leider, muss ich sagen – typisch und symptomatisch für die Denkweise der wirklich Mächtigen in diesem Lande.

Der Mythos von der Souveränität

Die Schweiz ruht in sich selbst, ihr Selbstverständnis wurzelt in einer Tradition, die wir liebevoll pflegen. Irgendwie, scheint es, sind wir uns selbst genug. Sicher nehmen wir zur Kenntnis, was da geht in der grossen, weiten Welt, schütteln den Kopf über all die Schreckensmeldungen, die uns die bösen Medien übermitteln – aber wirklich betroffen macht uns das nicht. Die Sorgen der Welt sind nicht wirklich unsere Sorgen.

Dabei wissen natürlich auch wir, dass unser Land ein – winzig kleiner – Teil eines grösseren Ganzen ist. Wir wissen das, aber wir negieren die Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Stattdessen klammern wir uns an den Mythos der nationalen Souveränität, wohl wissend, dass von einer echten Souveränität im Sinne der Unabhängigkeit und Autonomie des Handelns heute praktisch in keinem Bereich der Politik mehr die Rede sein kann. Aber unbekümmert darum halten wir fest an einem Selbstverständnis, das uns in der Völkergemeinschaft den Part des einseitig Privilegierten reserviert.

Das Nein und die Folgen

Wissen Sie eigentlich, dass die Schweiz als praktisch einziges Land der Welt – von einigen Zwergrepubliken abgesehen – der UNO noch immer nicht angehört?

Mit einer Dreiviertelmehrheit hat das Volk im März 1986 eine entsprechende Vorlage mit einem trotzig-selbstbewussten Nein verworfen. Wenn ich es richtig sehe, war dieses Nein auch ein Nein gegenüber der Notwendigkeit, die Rolle der Schweiz in der Welt neu zu definieren. Und ich bleibe überzeugt davon: Mit diesem Nein hat das Schweizervolk, langfristig gesehen, gegen sein eigenes Interesse entschieden. Die Wirklichkeit wird uns einholen. Die Frage ist nur, wann.

Eine schmerzliche Konsequenz dieses Neins ist der zunehmende Verlust an Glaubwürdigkeit in der Welt, nicht nur auf seiten der Entwicklungsländer. Die Industrienationen werfen uns – zu Recht – vor, immer dann aggressiv und dynamisch mit an der Spitze zu marschieren, wenn es darum geht, den kurzfristigen – und oft auch kurzfristigen – eigenen Vorteil wahrzunehmen, uns aber regelmässig aus der Verantwortung zu stehlen, wenn es darum ginge, als solidarischer Partner im Rahmen des «burden sharing» aufzutreten.

Friedenssicherung – der kategorische Imperativ

Eigentlich ist das unverständlich, absurd, gibt es doch eine fundamentale Tatsache, an der sich keine Politik vorbeileugnen kann:

Die Welt ist sehr klein geworden – praktisch alle Probleme, die uns bedrängen, machen nicht mehr halt an nationalen Grenzen. Die Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist ein komplexes System wechselsei-

«Südsicht»

Seit langem schon strahlt Radio DRS wöchentlich in allen drei Programmen die Sendung «Südsicht – Dritte Welt im Gespräch» aus. Sie möchte ergänzend zur tagesaktuellen Information wichtige Ereignisse und Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien verständlich machen.

Als Gegengewicht zu düsteren Katastrophenberichten vermittelt «Südsicht» auch Bilder aus dem Alltag der Länder der Dritten Welt. So oft wie möglich kommen sogenannte «gewöhnliche» Menschen zu Wort, um zu zeigen, wie sie denken und handeln, wie sie leben und welche Sorgen sie haben. Auch beim Publikum wendet sich diese Sendung nicht an Spezialisten. Mit ihrer Dauer von jeweils 15 Minuten sind die einzelnen Beiträge auch für den Schulunterricht geeignet.

Mit den einheimischen Korrespondentinnen und Korrespondenten ist die Zusammenarbeit sehr eng. Diese schlagen Themen vor und realisieren sie in Absprache mit der Redaktion. Sie nehmen Interviews, Originaltöne und Kommentare auf und senden dieses Material, zusammen mit ergänzenden Unterlagen, an die Redaktion. Deren Arbeit besteht darin, die Beiträge zu übersetzen, zu bearbeiten und allenfalls mit Einleitungen zu ergänzen.

Mitglieder der dem Ressort «Land und Leute» angehörenden Redaktion sind Ina Boesch, Anne-Marie Holenstein, Rolf Prohala und Regula Renschler.

Sendezeiten von «Südsicht» sind bei DRS 1 jeweils Sonntag, 19.45 bis 20.00 Uhr, DRS 2 als Wiederholung am folgenden Samstag, 18.45 bis 19.00 Uhr, DRS 3 in einer eigenen Live-Moderation jeweils Montag, 14.10 bis 14.45 Uhr. Eine viermal jährlich erscheinende Programmorschau ist erhältlich bei Radio DRS, Redaktion «Südsicht», Postfach, 8042 Zürich.

tiger Abhängigkeiten. Und diese Welt ist extrem gefährdet, die Konfliktpotentiale sind enorm. Zum ersten Mal in der Geschichte sind wir konfrontiert mit der Perspektive der Selbstvernichtung.

Der «kategorische Imperativ» unserer Zeit heisst deshalb Friedenssicherung. Friede aber ist nur möglich auf der Basis von Gerechtigkeit und einem fairen Ausgleich der Bedürfnisse und Interessen aller Menschen. Es gibt nur eine Welt, und diese eine Welt hat keinen Notausgang. Entweder gibt es Frieden und Sicherheit auf der ganzen Welt und für alle Menschen oder aber es wird keine Zukunft geben. Die «Apartheid», das Modell der sogenannten getrennten Entwicklung, hat keine Chance, ist kei-

ne Option für die Zukunft – weder in Südafrika noch im Verhältnis von Industriestaaten und Entwicklungsländern untereinander.

Und weil es nur eine Welt gibt und entweder diese eine Welt überlebt als ein Ordnungssystem solidarischer Partnerschaft oder aber sich selbst zerstört, ist es auch definitiv vorbei mit einer Aussenpolitik, die sich primär als national-egoistische Interessenwahrung versteht. Aussenpolitik ist heute «Welt-Innenpolitik» (Carl Friedrich von Weizsäcker). Aussenpolitik als einseitig nationale Interessenpolitik ist ein Anachronismus, kann heute nicht mehr – weder moralisch noch rational – glaubwürdig begründet werden. Ob wir es endlich zur Kenntnis nehmen?

Die Ordnung der Medien

Liebe Freunde, nach diesem politischen Exkurs wird es Zeit, dass ich Ihnen ein paar Dinge sage über die «Ordnung der Medien» in diesem Land. Die Schweiz, dieser kleine, viersprachige föderalistische Bundesstaat kennt, vereinfacht gesagt, eine duale Medienordnung: Neben einem faktisch öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen, die sich beide aus Gebühren finanzieren (Werbung kennt nur das TV), gibt es eine privatwirtschaftlich organisierte Presse. Dieses – ich denke: vernünftige und unserem Land angemessene – Modell ist zwar in den letzten Jahren relativiert worden, indem es neben der SRG – der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft – jetzt auch private Lokalradios gibt. Aber auf das Ganze gesehen, darf man doch sagen, dass die Position der nationalen Medien – ohne dass von einem Staatsradio bzw. einem Staatsfernsehen die Rede sein kann – weitgehend ungebrochen ist.

Die SRG hat einen nationalen Versorgungsauftrag für alle Bürger, alle Regionen und für alle Landessprachen. Sie erfüllt mit ihren rund 4000 Mitarbeitern einen «öffentlichen Dienst», ihr Programmauftrag ist in der Konzession des Bundesrates umschrieben. In den grossen drei Sprachregionen – deutsche Schweiz, französische Schweiz, italienische Schweiz – strahlen wir je drei Radio- bzw. ein Fernsehprogramm aus; für die sprachliche und kulturelle Minderheit der Rätromanen (rund 50000 Menschen) realisieren wir täglich sechs Stunden Programm. Darüber hinaus ist die SRG mit den Kurzwellenprogrammen von Schweizer Radio international in nicht weniger als neun Sprachen weltweit zu hören. Für alle diese Aufgaben beträgt das

Gesamtbudget der SRG heute knapp 700 Millionen Franken – eine Zahl, die Ihnen vermutlich sehr opulent vorkommt. In der realen Situation der Schweiz dagegen und im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn sind wir damit aber keineswegs auf Rosen gebettet. Nun, ich will nicht jammern: Der Auftrag lässt sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auf seriöse Art erfüllen.

Es ist meine Überzeugung: Als Journalisten der nationalen Institution SRG sind wir privilegiert. Die Unabhängigkeit unseres Arbeitgebers von Staat und Wirtschaft erlaubt es uns – theoretisch zumindest –, den journalistischen Auftrag ohne «Instruktion von oben» und ohne «Bevormundung von aussen» wahrzunehmen.

Der SRG-Journalist ist effektiv in hohem Masse unabhängig. Dieses Privileg hat sein Korrelat in der Verpflichtung, Journalismus als kritisches Metier zu betreiben. Das heisst: durch sachbezogene, vorurteilslose, differenzierte Ausleuchtung des Gesamtspektrums eines Sachverhalts einen Beitrag zur Aufhellung eben dieses Sachverhalts zu leisten und gleichzeitig den Rezipienten in die Lage zu versetzen, sich ein eigenes, kompetentes Urteil zu bilden.

Journalismus ist – in unserem Selbstverständnis – auf den Zweifel hin angelegt; die Grundhaltung des Journalisten ist skeptische Neugier. Der Journalist hat sich vorschneller Harmonisierung zu verweigern, er muss resistent bleiben gegenüber Vereinnahmungsversuchen, die ihm bestenfalls die Rolle des Status-quo-Apologeten zubilligen.

In einer Zeit, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der wachsenden Komplexität der Dinge eine zunehmende Inkompetenz des Einzelnen ge-

genübersteht, die Wirklichkeit kritisch zu durchdringen, kommt dem Journalisten die Aufgabe zu, sensibilisierend, aufklärend, emanzipatorisch zu wirken – und das heisst eben auch: einen Beitrag zu einem neuen Selbstverständnis und zu einem neuen Weltverständnis zu leisten.

Kein Beifall von den Mächtigen

Es ist selbstverständlich, und da ist Naivität nicht erlaubt, dass ein so verstandener Journalismus auch bei uns eher selten den Beifall der Mächtigen findet. Jene Kreise, die ihre Privilegien durch ein verändertes politisches Bewusstsein – mit Recht – bedroht sehen, werden deshalb auch hierzulande nicht müde, unsere Arbeit unter Ideologieverdacht zu stellen. Ein Plädoyer für mehr Gerechtigkeit wird da noch schnell einmal zum subversiven Geschäft, der Journalist zum patriotisch unzuverlässigen Unruhestifter. Damit müssen wir leben, und nur solange wir die Kraft aufbringen, dem konzentrischen Druck der Disziplinierung standzuhalten, erfüllen wir unseren Auftrag.

Ihnen mag das, was ich da mit Blick auf die Schweiz sage, theoretisch vorkommen – Sie haben ganz andere, und vermutlich weit bedrohlichere Problemstellungen zu meistern. Für viele von Ihnen ist journalistische Arbeit die permanente Gratwanderung zwischen Unabhängigkeit und zugemuteter Propagandistenrolle – Kritik an Missständen vielleicht sogar ein Luxusartikel, den Sie sich in Zeiten der Bedrohung von aussen gar nicht leisten können.

Auf der anderen Seite gilt: Auch wir kennen die Anmassung der Macht, auch wir kennen sanfte Formen der Repression, auch wir kennen Opfer der Entmutigung. Auf dass Sie

sich da keine Illusionen machen! Reichtum verdeckt zwar vieles, packt manches in Watte. Aber im Kern ist die Dimension der Gefährdung die gleiche.

Neues Politikverständnis

Zurück zum Thema: In dieser einen, unteilbaren Welt sehe ich den Journalisten auch in der Rolle desjenigen, der Brücken schlägt über die Abgründe von Ressentiments und Vorurteilen zwischen Nord und Süd; der Verständnis schafft und Verstehen ermöglicht; der Verkrustungen des Denkens aufbricht und jene Sensibilität stimuliert, die Voraussetzung dafür ist, dass sich überhaupt etwas verändert.

Eigentlich müssten wir es wissen – statt uns über das «engstirnige, blöde Volk» zu beklagen –, dass gerade wir Medienarbeiter, wir Journalisten hier eine spezifische Verantwortung tragen.

Und weil jede Politik auf lange Sicht nur so vernünftig sein kann, als die öffentliche Meinung es ihr erlaubt, zu sein, müssen wir hier ansetzen – an der Entwicklung eines politischen Bewusstseins, das ein neues Verständnis von Politik erst möglich macht. Das ist eine überaus schwierige, anspruchsvolle Aufgabe. Es fordert von uns Beharrlichkeit, Zivilcourage und Bescheidenheit. Weder missionarische Zeigefingerei noch ideologisches Geschwätz führen zum Ziel – nur das repetitive Bewusstmachen der Tatsache, dass das Schicksal jedes einzelnen untrennbar mit dem Schicksal dieser einen Welt verbunden ist.

Das verstehe ich auch unter Interdependenz: dass nicht Friede sein kann ohne Gerechtigkeit und keine Gerechtigkeit ohne Friede und dass Macht und Ohnmacht, Reichtum und

Elend in der extremen, skandalösen Ausprägung, wie wir sie heute kennen, nicht auf Dauer nebeneinander existieren können.

In diesem Sinne vertraue ich auf die Kraft der Vernunft – komme sie nun aus der schmerzlichen Erfahrung oder aus der rationalen Analyse. Letztlich ist das nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass wir alle – Sie an Ihrem Platz, wir an dem unsern – unsern Beitrag leisten, dass die Einsicht in die Unhaltbarkeit und Unerträglichkeit der Dinge schliesslich dazu führt, dass wir

sie überwinden. Sie sind für drei Wochen in der Schweiz. Wir freuen uns darüber.

Als der Europarat seine Nord-Süd-Kampagne lancierte, um mit verschiedenen Aktivitäten zwischen März und Juni dieses Jahres die Aufmerksamkeit der westeuropäischen Öffentlichkeit auf die Nord-Süd-Problematik zu lenken, haben wir uns überlegt, welchen Beitrag wir leisten könnten. Dabei fiel diese Kampagne in unserem Hause insofern auf guten Boden, als ihre Ziele praktisch deklungsgleich sind mit dem Konzept, das wir im Rahmen unse-

rer wöchentlichen Rubrik «Südsicht» journalistisch umsetzen: mit sachlicher Informationsarbeit einen Beitrag zu leisten zur Förderung der Einsicht, dass eine solidarische Haltung gegenüber der Dritten Welt sowohl einer politischen Notwendigkeit als auch einer moralischen Verpflichtung entspricht.

Ich wünsche Ihnen eine interessante, menschlich sympathische Zeit in diesem schönen, ein bisschen verstockten Land. Und uns wünschen ich, dass wir von Ihnen lernen.

Andreas Blum

Nach Franco wollten die Spanier keine Konservativen mehr

Die Wende war sozialistisch

Von Manuel Moral

Auf den ersten Blick mutet es fast wie ein Paradox an, dass die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) die bis heute unumstritten stärkste politische Kraft in Spanien ist, spricht man doch sonst in Europa allgemein von einer «Krise des Sozialismus». Nimmt man jedoch die spanischen Verhältnisse genauer unter die Lupe, stellt sich heraus, dass die gleichen sozialen und gesellschaftlichen Mechanismen, die gleichen politischen Widersprüche und die gleichen wirtschaftlichen Sachzwänge, die in der neoliberal-kapitalistischen Gesellschaft zurzeit zugunsten eines konservativen Trends zu wirken scheinen und den demokratischen Sozialismus in eine ideologische Zwickmühle treiben, umgekehrt in Spanien zur gegenwärtigen politischen Hegemonie-stellung der PSOE geradezu beitragen.

Wechsel nach Franco

Nach den atemberaubenden Jahren des Übergangs zur Demokratie nach Francos Tod und der bereits nach 1977 einsetzenden allgemeinen gesellschaftlichen Mobilmachung für einen echten sozialen und politischen «Wechsel», der, wie dann die Wahlen vom Oktober 1982 ganz deutlich zeigten, nach dem Willen einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung (10 Millionen Ja-Stimmen für die PSOE) nur «die sozialistische Wende» sein konnte, haben wir es heute auch in Spanien mit einem zunehmenden gesellschaftlichen Trend zur politischen «Mitte» und mit der damit zusammenhängenden Neigung der spanischen Gesellschaft zur Erhaltung und Konsolidierung des materiell bereits Erreichten zu tun. Das ist eine ihrem Wesen nach konservative Grundhaltung, die um so stärker in Erscheinung tritt, desto sicherer

sich die Spanier ihrer wiedererlangten demokratischen Freiheiten fühlen. Ähnlich wie ihre europäischen Nachbarn wünschen sich die Spanier vor allem politische und wirtschaftliche Stabilität, die sie eben in der sogenannten «Mitte» suchen. Allerdings – und hier liegt bereits ein wesentlicher Unterschied – orten die meisten Spanier diese Mitte links und nicht rechts.

Die Erklärung hierfür ist ganz einfach. 40 Jahre faschistischer Diktatur, die von Franco und manchen westlichen Freunden gern als «rechtskonservativ» ausgegeben wurde und die eine Normalisierung des sozialen und politischen Lebens der Nation bis zum letzten Augenblick gewaltsam verhinderte, haben bei einer breiten Mehrheit der Spanier ein schier unüberwindliches Misstrauen jedweder konservativen Option gegenüber verursacht. Der Konservatismus ist in den Augen der meisten Spanier der Hauptver-